

Christina Küsters  
Vorsitzende der CDU-Fraktion  
Im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

Sperrfrist:  
06. Dezember 2018  
14.00 Uhr

**Rede**  
**zur Verabschiedung**  
**des Haushaltes 2019**  
**am**  
**06. Dezember 2018**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Jahr für Jahr wurde in der Vergangenheit um den Haushalt der Stadt Mülheim an der Ruhr gerungen.

Nachdem es im letzten Jahr im ersten Anlauf nicht gelungen ist, einen Haushalt zu verabschieden, haben wir vor ziemlich genau einem Jahr dann mehrheitlich einen Haushalt 2018 auf den Weg gebracht, der den Einstieg zu einem Umdenken darstellen sollte. Auf Initiative letztlich unseres finanzpolitischen Sprechers der CDU, Heinz Borchardt, haben wir uns interfraktionell im Arbeitskreis Haushalt seit Beginn des Jahres kontinuierlich weiter getroffen und weitere Gespräche geführt.

Kalt erwischt hat uns nach kurzer Zeit die zusätzliche, elementare Verschlechterung der geplanten Zahlen in Folge des Gewerbesteuereintrittes, der die bekannte, enorme Lücke in den nächsten Jahren verursachen wird.

Rund 15 Millionen Euro fehlen in 2020!

Rund 34 Millionen Euro fehlen in 2023!

Eine Genehmigung für den Haushalt 2018: undenkbar!

Der gemäß Stärkungspaktgesetz geforderte Haushaltsausgleich ab dem Jahr 2020 kann nur durch weitere Haushaltssanierungsmaßnahmen in erheblicher Größenordnung erreicht werden.

Viele waren sich einig, dass es dieses Jahr daher nicht gelingen würde, einen mehrheitsfähigen, genehmigungsfähigen Haushalt 2019 aufzustellen.

Ebenso haben wir schmerzlich in den durchgeführten Haushaltsberatungen in den Fachbereichen merken müssen, dass Gestaltungsräume gerade bei den freiwilligen Leistungen praktisch nicht mehr existieren und die Beratung sich auf die Erläuterung von Abweichungen gegenüber den Vorjahren reduziert hat.

Wie schlecht die Haushaltssituation der Stadt sich darstellt, wird schon alleine daraus deutlich, dass auch der Kämmerer keinen eindeutigen Vorschlag für einen genehmigungsfähigen Haushaltsentwurf 2019 im August diesen Jahres mehr vorlegen wollte.

Statt eines konkreten, entscheidungsreifen Vorschlages für einen genehmigungsfähigen Haushalt 2019 hat der Stadtkämmerer offen gelassen, in welchem Umfang er welche der vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen favorisiert und empfiehlt.

Die erforderlichen Konsolidierungsbeträge wurden zunächst lediglich pauschal im Haushalt veranschlagt, ohne sie durch die Maßnahmen zu konkretisieren.

Dieses, das möchte ich für die CDU-Fraktion noch einmal erklären, Herr Mendack, wäre jedoch ureigenste Aufgabe eines Stadtkämmerers gewesen und ist aus diesem Grund von uns von Anfang an kritisiert worden.

Und sofern Sie in der Vergangenheit darauf hingewiesen haben, dass der Haushaltsentwurf auch in der vorgelegten Form entscheidungsreif wäre, so habe ich der Bezirksregierung Düsseldorf in Person von Herrn Olbrich in der vergangenen Woche aufmerksam zugehört, als dieser ausdrücklich erklärt hat, dass „ohne erforderliche Ausschärfung durch ein hinreichend konkretes Maßnahmenpaket“ keine Genehmigungsfähigkeit herzustellen gewesen wäre.

Nun liegt mit der Beschlussvorlage V18/0980-01 eine Konkretisierung auf dem Tisch, die einen mehrheitlichen Kompromissvorschlag des interfraktionellen Arbeitskreises Haushalt für ein Maßnahmenpaket darstellt, durch welches der notwendige Haushaltsausgleich dauerhaft dargestellt werden könnte.

Solch einen Maßnahmenkatalog vorzuschlagen, ist dem Arbeitskreis Haushalt sicherlich nicht leicht gefallen.

Einem solchen Katalog zuzustimmen, fällt auch mit Bauchschmerzen und Zurückstellung aller Bedenken noch schwer.

Einige der nun aufgeführten Maßnahmen begrüßen wir.

Bei einem Schuldenstand von mehr als 2 Milliarden Euro und einer Pro-Kopf-Verschuldung von mehr als 11.000 Euro, ist offensichtlich, dass einige der Probleme auch hausgemacht sind.

Wir leisten uns einen zu teuren ÖPNV.

Allein in den vergangenen zehn Jahren ist hier eine Finanzierungslücke von rund 295 Millionen Euro entstanden.

Wir haben in der Vergangenheit immer wieder deutlich gemacht, dass wir diesen Bereich durchaus als Daseinsvorsorge sehen, Busse und Bahnen aber nicht leer durch die Gegend fahren dürfen. Deshalb forderten und fordern wir einen bedarfsgerechten ÖPNV.

Sofern nunmehr zusätzliche Konsolidierungsbeträge eingestellt sind, begrüßen wir, dass nun von Grund auf ein Blick auf den Nahverkehrsplan geworfen wird und dieser unter anderem unter Vermeidung von Parallelverkehren neu aufgestellt wird.

Sofern Fördermittel von möglichen Änderungen betroffen sind, sind entsprechende Gespräche mit der Bezirksregierung Düsseldorf zu führen und dieses wirtschaftlich abzuwägen.

Nur so kommen wir zu einem bedarfsgerechten, qualitativ hochwertigen und bezahlbaren ÖPNV.

Von diesem notwendigen Kurs lassen wir uns im Übrigen auch nicht von dem Essener Aufsichtsratsvorsitzenden und Essener Aufsichtsratsmitgliedern der gemeinsamen Verkehrsgesellschaft Ruhrbahn abbringen!

Einsparungen lassen sich aus unserer Sicht auch beim Personal vornehmen. Hier muss die demographische Entwicklung genutzt werden. Durch organisatorische Optimierung können zudem Arbeitsabläufe wesentlich verschlankt werden. Auch dieses war von der CDU-Fraktion in den letzten Jahren immer wieder gefordert worden.

Hier hat sich die Stadt in der Vergangenheit manches Mal schwergetan. Gestrichenen Stellen standen dann neu eingerichtete Stellen gegenüber.

Insoweit ist klar, dass es sich bei der Maßnahme nunmehr um Netto- Stellen handeln muss.

Aber auch in anderen Bereichen leisten wir uns für eine Stärkungspaktkommune noch zu viel.

Klar ist, dass das Ergebnis heute nicht das Ende der Arbeit und der Verhandlungen sind und wir uns nun nicht bis 2023 entspannt auf Grundlage des heutigen Haushaltes zurücklehnen können.

Vielmehr sind wir heute am Beginn eines langen Prozesses.

Wir sind dankbar, dass aufgrund unseres Antrages eine Begleitung des Arbeitskreises Haushalt durch den Präsidenten der Gemeindeprüfungsanstalt, Heinrich Böckelühr, stattfindet. Dieser nimmt nicht nur eine in Mülheim politisch neutrale Stellung ein, sondern legt gerne auch den Finger in die Wunde und macht deutlich, wo Fehler in der Vergangenheit erfolgt sind. Er hat sich auch als wertvoller Partner in der Kommunikation mit der Kommunalaufsicht erwiesen.

Herr Dirk Glasen, Teamleiter der Task Force Stärkungspakt, der dankbarerweise seitens der GPA ebenfalls, nicht nur die Sitzungen unseres Arbeitskreises, begleitet, kann bestätigen, dass verschiedene weitere Prüfaufträge seitens des Arbeitskreises an die Gemeindeprüfungsanstalt erteilt worden sind und erteilt werden. Klar ist, dass wir im Laufe des Jahres 2019 und auch in den Jahren danach weitere Sparpotenziale in verschiedenen Bereichen angehen müssen und angehen werden.

So ist es unabhängig von den hier in der Vorlage zu findenden Maßnahmen Konsens, dass eine Überprüfung im Sozialbereich stattfinden soll. Alleine seriöse Einsparpotenziale lassen sich der Höhe nach erst im Laufe der Prüfung feststellen.

Wir begrüßen sehr, dass Herr Böckelühr sich bereit erklärt hat, den Prozess auch weiter zu begleiten.

Wir fordern zudem, dass die Mitglieder des Arbeitskreises sich ihrer Verantwortung bewusst sind, dass es nicht bei Lippenbekenntnissen bleibt, sondern nun tatsächlich in größtmöglicher Gemeinschaft ein Umsteuern stattfindet.

Hier wird man im weiteren Verlauf auch deutlich über „rote Linien“ und eigene Befindlichkeiten hinausgehen müssen, um ein nachhaltiges Umsteuern, ein tatsächliches Sparen zu erreichen.

Eine rote Linie der CDU-Fraktion war und ist es, den Bürger nicht mit unnötigen Steuererhöhungen zu überziehen und Grund- und Gewerbesteuererhöhungen zu vermeiden oder zumindest so maßvoll wie möglich zu gestalten.

Vor diesem Hintergrund fällt es uns extrem schwer, einer Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf dann 890 Prozentpunkte zuzustimmen.

Was es aber für Konsequenzen hätte, wenn wir den notwendigen Haushaltsausgleich nicht darstellen können; was es für Konsequenzen hätte, wenn wir keinen genehmigungsfähigen Haushalt 2019 verabschieden, der den erforderlichen Haushaltsausgleich ab dem Jahre 2020 darstellt, das muss jedem hier im Hause einmal bewusst werden.

Die Stärkungspaktmittel in Höhe von rund 31,7 Millionen Euro pro Jahr würden entfallen!

Ein genehmigungsfähiger Haushalt 2019 ist grundlegende Bedingung für die Auszahlung der Stärkungspaktmittel auch aus dem Jahre 2018.

Die Möglichkeit der Einrichtung irgendwelcher freiwilligen Leistungen wäre komplett versperrt.

Die Stadt Mülheim an der Ruhr könnte an keinerlei Förderprogrammen mehr teilnehmen und von diesen profitieren, da schlicht der Eigenanteil nicht geleistet werden könnte - und handele es sich auch um noch so eine hohe prozentuale Förderungen von 90 % oder mehr.

Zu allererst aber würde durch die Landesregierung ein Beauftragter für den Haushalt in Mülheim an der Ruhr eingesetzt werden.

Dieser wäre nicht beauftragt, dem Rat weitere Sparvorschläge zu unterbreiten.

Dieser wäre auch nicht beauftragt, sich Gedanken über weitere Sparvorschläge zu machen.

Vielmehr würde er anstelle des Rates Konsolidierungsmaßnahmen durchführen.

Wem das, liebe Kolleginnen und Kollegen, vorher noch nicht in dieser Deutlichkeit klar war, der muss doch spätestens durch den Vortrag von Herrn Olbrich im letzten Haupt- und Finanzausschuss erfahren haben, was dieses bedeutet.

Vielleicht noch die Durchführung leichter zu errechnender Maßnahmen, wie beispielsweise die Erhöhung von Kitagebühren auf Landesdurchschnitt oder die Streichung der Geschwisterkinderermässigung bei den Selbigen.

In erster Linie aber: Steuererhöhung!

Würde man aber die gegebenen Haushaltslücken allein durch eine Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B schließen wollen, so bedeutet dieses für

- -das Jahr 2020 bereits einen Hebesatz von 935 Punkten,
- -das Jahr 2021 bereits einen Hebesatz von 1010 Punkten,
- -das Jahr 2022 einen Hebesatz von 1070 Punkten und schließlich für
- -das Jahr 2023 einen Hebesatz von 1225 Punkten.

Das entspräche einer Anhebung von über 90 Prozent im Vergleich zum jetzigen Wert. Es droht ansonsten also fast eine Verdopplung der Grundsteuer B.

Das, meine Damen und Herren, können und wollen wir aber dem Bürger in gar keinem Falle zumuten. Das kann doch wirklich nicht die Alternative sein.

Das, meine Damen und Herren, wäre das Ende der kommunalen Selbstbestimmung für unsere Stadt.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Szenario, was wir um jeden Preis verhindern müssen.

Dafür sind wir auch nicht gewählt worden!

Wir sind nicht dafür gewählt worden, um auf der Besuchertribüne Platz zu nehmen und zuzusehen, wie ein Fremder über unsere Stadt und das Leben der Bürger in unserer Stadt bestimmt.

Wir sind gewählt worden, um Verantwortung zu übernehmen!

Sich zurückzulehnen und andere Fraktionen unangenehme Entscheidung treffen zu lassen, ist daher keine Alternative.

Und es nutzt auch nichts zu sagen:

„Wir haben ja nicht so entschieden - das war der Beauftragte der Landesregierung, der den Hebesatz der Grundsteuer B auf 1225 Punkte erhöht hat.“

Die Entscheidung trifft jeder Einzelne nun heute und hier!

Die Alternativen liegen auf dem Tisch.

Die Bezirksregierung würde einer Haushaltsgenehmigung bei Verabschiedung des vorliegenden Maßnahmenpaketes zustimmen. Dankenswerter Weise erkennt Sie an, dass wir durch dieses ein „atmendes System“ bleiben. Zusage konnte man hier sogar, dass die Anhebung des Hebesatzes gegebenenfalls zurückgenommen werden kann, wenn andere Maßnahmen gefunden werden oder über Plan greifen. Das ist ein außergewöhnliches Zugeständnis an eine Stärkungspaktkommune. Wir müssen aber ehrlich sagen:

Wir haben aber auch gesehen, wie schnell es zu Unwägbarkeiten kommen kann, wie schnell Parameter ohne unseren Einfluss sich verändern können.

Wir werden heute insgesamt unter den zuvor genannten Voraussetzungen dem Maßnahmenkatalog so zustimmen.

Nochmal: Dieses ist für uns nicht die Lösung, sondern der Beginn der Problembewältigung. Der Beginn zu nachhaltigen Einsparungen und einem Umsteuern.

Und hier wollen wir dann auch nicht hören, dass der Schuldenberg zu groß ist, dass wir alle eine Entschuldung sowieso nicht mehr erleben werden.

Hier erwarten wir, dass die Fraktionen ihr Möglichstes tun, um Einsparmöglichkeiten zu finden und umzusetzen.

Wer sich heute hier aber entscheidet, dass er das vorliegende Maßnahmenpaket nicht mittragen kann, der trifft aber auch eine Entscheidung.

Er trifft die Entscheidung für die Einsetzung eines Beauftragten der Landesregierung!

Er trifft die Entscheidung Steuererhöhungen zuzulassen, die weit über das hinausgehen, was heute hier zur Abstimmung steht!

Er trifft die Entscheidung, die Möglichkeit der Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B auf bis zu 1225 Prozentpunkten in die Hände eines Anderen zu geben!

Er trifft die Entscheidung, der Stadt den Weg zu Fördermöglichkeiten zu verbauen!

Er verhindert weitere freiwillige Leistungen!

Er verhindert die Auszahlung der Stärkungspaktmittel in Höhe von knapp 32 Millionen Euro per anno!

Und deshalb finde ich es unverständlich und schade, wenn Fraktionen, die am Arbeitskreis Haushalt teilgenommen haben, die letzten Meter dieses Weges nicht mitgehen wollen - unter anderem unter dem Hinweis: „Es scheint ja ohnehin eine Mehrheit zu geben.“

Nicht nur, dass man es sich damit denkbar einfach macht und nicht nur, dass diese Einstellung auch nicht aufgehen würde, wenn alle so denken würden. - Natürlich wäre, und das ist im interfraktionellen Arbeitskreis Haushalt auch immer so kommuniziert worden, eine möglichst breite Mehrheit bei so einer wichtigen Weichenstellung auch das von der Kommunalaufsicht dringendst gewünschte deutliche Signal in Richtung Haushaltskonsolidierung.

Und so möchte ich noch einmal ausdrücklich appellieren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sich der Verantwortung als gewählte Ratsmitglieder dieser Stadt zu stellen.

Apropos Verantwortung.

Herr Oberbürgermeister, wir fragen uns:

Wo waren Sie eigentlich in dem gesamten Verfahren?

Haushaltskonsolidierung – das ist eigentlich Chefsache.

Die kann normalerweise nur funktionieren, wenn auch der Oberbürgermeister im Rathaus mitzieht.

Das sehen wir auch an der nun vorliegenden Verwaltungsvorlage, die nämlich von Ihnen gezeichnet wurde.

Abgesehen von dieser Unterschrift, haben wir Sie im gesamten Verfahren aber leider vermisst.

Sie haben erklärt, dass „wir“ mit dem Haushalt vor großen Herausforderungen stehen.

Sie haben erklärt, dass „wir“ insbesondere aufgrund der schwierigen Haushaltsentscheidungen zur Sacharbeit zurückfinden müssen.

Sie haben erklärt, dass „wir“ schwierige Gespräche in Düsseldorf führen.

Nicht zuletzt haben Sie erklärt, dass auch aus genau diesen Gründen beispielsweise ein „Ruhenslassen“ Ihres Amtes nicht infrage kommt.

Bemerkt haben wir hiervon dann aber nichts.

Sie haben nicht ein einziges Mal an einer der Sitzungen des Arbeitskreises Haushalt teilgenommen, während die Fraktionen spät abends um eine Lösung für unsere Stadt gerungen haben oder auch nur einmal den Kopf durch die Tür gesteckt, um sich nach dem Stand der Dinge zu erkundigen - Nicht einmal bei der letzten Sitzung am Dienstag dieser Woche.

Nun kann man vielleicht noch sagen, dass Sie in dem Arbeitskreis ja durch Ihren Dezernenten, den Kämmerer, vertreten worden sind.

Aber auch die Gespräche in Düsseldorf mussten andere für Sie führen. Sei es mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksregierung oder der Regierungspräsidentin persönlich - Vorgesprochen haben Dezernenten, Geschäftsführer – ja, sogar der Präsident der Gemeindeprüfungsanstalt, der weder Mülheimer Bürger ist, noch von den Mülheimern in Verantwortung gewählt wurde oder sonst wie dazu verpflichtet ist, hat vielfache Gespräche in Düsseldorf für uns geführt und sich sehr für unsere Stadt eingesetzt, in dieser anerkannt schwierigen Finanzlage Mülheims.

Nicht nur, dass Sie nicht einmal an den Gesprächen in Düsseldorf teilgenommen haben.- Auch ein Treffen hat es zwischen Ihnen und Herrn Böckelühr unseres Wissens nach nicht gegeben.

Würde man nicht erwarten, dass der Oberbürgermeister einer Stadt den Präsidenten der Gemeindeprüfungsanstalt, wenn dieser im Hause ist, wenigstens einmal in seinem Büro begrüßt und sich bei einem Wasser oder Kaffee nach dem Stand der Dinge erkundigt? Schon um zu fragen, ob man nicht irgendwie noch helfen kann? Schon aus Interesse an der Angelegenheit für die Stadt und für Ihre Bürger?

Nichts von alledem haben Sie getan.

Ihrer Verantwortung für die Stadt Mülheim an der Ruhr und ihrer Bürger sind Sie in dieser Beziehung in keinster Weise nachgekommen.

Ich möchte aber auch nicht versäumen, mich abschließend auch bei einigen Personen zu bedanken.

Ich bedanke mich im Namen der CDU-Fraktion bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung, die zum Haushaltsentwurf 2019 beigetragen haben und die uns für Fragen und Diskussionen zur Verfügung standen.

Weiter bedanken möchten wir uns bei unserem Kämmerer, Frank Mendack, insbesondere für die konstruktiven Diskussionen im interfraktionellen Arbeitskreis Haushalt, bei denen er immer ruhig geblieben ist, auch wenn die Fraktionen dann doch einmal alte Grundsatzfragen leidenschaftlich diskutieren mussten. Unser Dank gilt hier auch allen Teilnehmern des Arbeitskreises insgesamt für die -zumeist- sachlichen Gespräche und die insgesamt angenehme Atmosphäre.

Ebenso bedanken wir uns beim Präsidenten der Gemeindeprüfungsanstalt, Heinrich Böckelühr, der, obwohl er es für die Stadt Mülheim an der Ruhr nicht müsste, nicht nur an den Sitzungen des Arbeitskreises teilgenommen hat, sondern auch mehrfach und vielfältig in Gesprächen mit der Bezirksregierung ein gutes Wort für uns eingelegt und für uns und unsere Anliegen geworben hat, sowie bei Herrn Dirk Glasen, dem Teamleiter der Task Force Stärkungspakt und Organisationsberatung, der, nicht nur unsere Sitzungen, ebenfalls von Seiten der Gemeindeprüfungsanstalt begleitet hat.

Nicht zuletzt möchten wir uns bei den Fraktionen bedanken, die das konkretisierte Maßnahmenpaket und den Haushalt 2019 heute mittragen und eine Verabschiedung damit möglich machen - Dafür, dass wir gemeinsam Ver-

antwortung für diese Stadt und die Bürger, die in ihr leben, übernehmen und dieses offen, konstruktiv und unter Zurückstellung persönlicher Befindlichkeiten und „roter Linien“ tun.

Die Arbeit fängt jetzt erst an!

Nicht nur im nächsten Jahr erwarten uns weitere schwierige Diskussionen und ein harter und weiter Weg hin zu einer verbesserten Haushaltssituation insgesamt.

Wir möchten schon jetzt dafür werben, dass wir als Rat der Stadt diesen Weg gemeinsam weitergehen und uns der Verantwortung, die uns übertragen wurde, stellen.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass unsere Stadt lebens – und liebenswert bleibt.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.